

Liebe Friedensfreundinnen und –freunde,

Die Herrschenden rasseln wieder mit den Säbeln. Vermutlich weder durch internationale Mandate gedeckt – erst recht nicht moralisch vertretbar – haben einige Staaten vor, nächste Woche in Syrien weiter an der Eskalationsschraube zu drehen. Friedensnobelpreisträger Obama hat bisher keinen Zweifel daran gelassen, dass ein militärischer Schlag in Syrien unausweichlich ist. Weltweit meldet sich Protest. Auch in Hannover wird die Friedensbewegung auf die Straße gehen. Dazu und noch einiges mehr im Newsletter. Ich hoffe, wir sehen uns.

#### Themen:

- Antikriegstag und Protest gegen einen drohenden Militärschlag in Syrien
- Veranstaltungshinweis: Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Schulen – eine kritische Analyse
- Ausstellung: Von Krieg zu Krieg – Spuren des Militarismus in der Region Hannover vom 19. Jahrhundert bis heute
- Nachbericht: Hannover: Proteste gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision 2013

Ralf Buchterkirchen  
für das Friedensbüro und DFG-VK Hannover



#### Antikriegstag 2013

11 Uhr: Kundgebung und Gedenkveranstaltung, Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer (IG Metall und DGB, Liste der regelmäßigen Veranstaltungen)

12 Uhr Kundgebung und Gedenkveranstaltung, Aegidienkirche (Orga: DGB, Erklärung des DGB zum Antikriegstag)

Anschließend: zum Deserteursdenkmal (Trammplatz) mit Gedenken an die Deserteure der Kriege und

13:30 Uhr Demonstration



#### Regelmäßige Termine des Friedensbüro Hannover

*Friedenspolitischer Arbeitskreis* an jedem 1. Dienstag im Monat 19 Uhr im Kargah, Zur Bettfedernfabrik 1 (Hannover, FAUST-Gelände)

*Aktiventreffen* an jedem 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr in Hannover im Haus der Jugend, Maschstr.

*Friedenspolitischer Stammtisch* an jedem 4. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café K, Hannover Linden; Pariser Platz

#### Impressum/Hinweise

Leider können sich Termine ändern oder verschieben. Aktuelle Informationen finden sich unter [www.friedensbuero-hannover.de](http://www.friedensbuero-hannover.de).



Dieser Newsletter wird herausgegeben vom Friedensbüro Hannover und der DFG-VK Hannover. Kritik, Hinweise und Vorschläge bitte an [newsletter@frieden-hannover.de](mailto:newsletter@frieden-hannover.de)

## Krieg gegen Syrien? Wir sagen: NEIN!

Demonstration: Sonntag, 1. September, 13:30 Uhr,  
Trammplatz [Hannover]

“Lasst die UN ihre Arbeit machen.” Mit dieser Warnung vor einem kriegerischen Syrien-Einsatz wird EU-Parlamentspräsident Schulz in der HAZ v. 28. 8. 2013 zitiert. Noch sind die Inspektoren in Syrien dabei zu überprüfen, ob, und wenn ja, von wem der Giftgaseinsatz in Syrien ausgeübt wurde. Bevor dazu aber belastbare Ergebnisse vorliegen, kündigen USA, Großbritannien und Frankreich einen kriegerischen Einsatz gegen Syrien ohne UN-Mandat an.

Wir erinnern uns: Bereits zweimal haben die USA bei ihrem Versuch der Neuordnung des “Nahen Ostens” die ganze Welt massiv belogen!

1991 sorgte ein gefälschter Bericht über Babymorde in Kuwait für die Kriegsbereitschaft für den 1. Irak-Krieg. 2003 führte der erfundene ‚Beweis‘ von Massenvernichtungsmitteln im Irak dafür, dass die ‚Koalition der Willigen‘ unter der Führung der USA den Irak angriffen.

Darum . . . kann auch der behauptete Chemie-Waffen-Einsatz Assads gegen das eigene Volk in Syrien gezielte Kriegspropaganda oder ein inszenierter Anschlag zur Beseitigung einer unbotmäßigen Regierung sein. Wir wissen es nicht. Trotz der laufenden UN-Kontrolle wird gedroht und vielleicht Krieg geführt, der noch mehr Elend bringen wird und zum Funken im Pulverfass im Nahen Osten werden kann. Deshalb fordern wir die deutsche Bundesregierung, aber auch alle Staaten dieser Welt auf, zum Krieg gegen Syrien ‚Nein‘ zu sagen.

- Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen in die Krisenregion.
- Für Verhandlungen in Syrien durch die Kriegsparteien!
- Helfen Sie mit, Neue Kriege durch Aufklärung zu verhindern.

Krieg löst keine Probleme und darf nicht länger Mittel der Politik sein!

Aufrufende Gruppen: Friedensbüro Hannover e. V.; DFG-VK Hannover; ATTAC Hannover; Palästina Initiative; Bündnis für die Zukunft; DFG-VK Münster, Initiative Kein Militär mehr

## Veranstaltungshinweis: Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Schulen – eine kritische Analyse

Zeit: 2. September 2013 um 19.00 Uhr

Ort: GEW Geschäftsstelle, Berliner Allee 18, 30175 Hannover, Sitzungssaal im Erdgeschoss

Vor dem Hintergrund der Bundeswehrreform und der Entwicklung der Bundeswehr von einer Verteidigungshin zu einer Interventionsarmee im weltweiten Einsatz, sieht sich diese mit einem erhöhten Nachwuchs- und Legitimationsbedarf konfrontiert. Neben Werbe- und Imagekampagnen zur Nachwuchs- und Akzeptanzgewinnung wird von Seiten der Bundeswehr versucht, mit Angeboten zur politischen Bildung für Schüler\_innen und Lehrkräfte sowie einer Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit Kultusministerien und Bildungsbehörden den Einfluss auf die schulische politische Bildung zu intensivieren. So wurden in den letzten Jahren in mehreren Ländern Kooperationsabkommen zwischen der Bundeswehr und Kultusministerien abgeschlossen. Dieser Einfluss der Bundeswehr auf das staatliche Bildungswesen ist im Kontext einer gesamtgesellschaftlichen Militarisierung zu sehen.

Lena Sachs wird in ihrem Vortrag die geschichtlichen, politischen und rechtlichen Hintergründe sowie aktuellen Entwicklungen dieser fragwürdigen Zusammenarbeit beleuchten und die Arbeit der Jugendoffiziere sowie den bundesweiten Widerstand gegen die Militarisierung des Bildungssystems vorstellen. Im Anschluss an den Vortrag sind alle zu einer anregenden Diskussion eingeladen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Es laden ein: GEW-Kreisverbände Hannover-Stadt und Hannover-Land



### Von Krieg zu Krieg – Spuren des Militarismus in der Region Hannover vom 19. Jahrhundert bis heute

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich zunächst in Preußen und dann in Gesamtdeutschland der preußisch-deutsche Militarismus, dessen verheerende Traditionen

auch nach den Kolonialkriegen und dem Ersten

Weltkrieg fortgesetzt wurden. Seinen zerstörerischen Höhepunkt erlebte der deutsche Militarismus während der NS-Diktatur und im Zweiten Weltkrieg. Trotz dieser Erfahrungen leben militaristische Traditionen in der deutschen Gesellschaft fort.

Sowohl in der Stadt Hannover als auch in den umliegenden Dörfern und Kleinstädten finden sich zahlreiche Denkmäler, Gedenktafeln, Grabsteine, Friedhöfe, Straßennamen, mit denen an verschiedene Kriege seit dem 19. Jahrhundert erinnert wird. Darüber hinaus existieren Reste des Zweiten Weltkrieges wie Bunker, Kasernen und Ruinen. Zwar finden zu unterschiedlichen Anlässen vor verschiedenen Denkmälern nach wie vor militärische Aufmärsche statt, dennoch ist vielen Menschen die Allgegenwart militärischer Erinnerungspolitik nicht bewusst. Vor fast 100. Jahren begann der Erste Weltkrieg, der die Weichen für die katastrophale Entwicklung des 20. Jahrhunderts stellte – Anlass, sich in einer Ausstellung der Geschichte und der Gegenwart kriegerischer Traditionspflege in Stadt und Land anzunähern.

Dienstag, 17.9. – Freitag, 20.12. 2013

Ver.di-Höfe, Veranstaltungszentrum Rotation  
Goseriede 10, 30159 Hannover

Eine Ausstellung des AK Regionalgeschichte.

### **Nachbericht: Hannover: Proteste gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision 2013**

Während nach Schätzungen von Besuchern 1000 bis 1500 zumeist geladene Gäste die 1. Panzerdivision und ihr aktuelles Wirken in aller Welt feierten – die Veranstalter\_innen hatten immerhin auf 5000 Gäste gehofft –, demonstrierten 300 Menschen direkt vor dem HCC (Hannover Congress Centrum) und zogen anschließend mit einem Protestmarsch um den Veranstaltungsort des Sommerbiwaks und dann in die Innenstadt. Die Demonstrierenden skandierten „Blut, Blut, Blut an euren Händen“ und wiesen damit darauf hin, dass es mit Krieg keinen Frieden geben kann, sondern dass er eine Eskalation von Konflikten ist. Gleichzeitig wiesen sie auf die von deutschen Soldaten unter anderem in Afghanistan getöteten Menschen hin – und dass es vor dem Hintergrund der zahlreichen zivilen und militärischen Opfer auch dieses Krieges – mit Beteiligung der Bundeswehr, und explizit der 1. Panzerdivision – keinerlei Grund zu feiern gibt. Wer kam überhaupt einmal auf die Idee, dass Armee, Töten und Krieg gefeiert werden könnten?

Wohl der- und demjenigen, die zu den Protesten gekommen war. Das Programm des Sommerbiwaks selbst war wenig aufregend: Gegen 50 Euro Eintritt konnten sich die Besucher\_innen einen Zugang zu – ebenfalls noch zu zahlenden – Bratwürsten und Pommes einkaufen. Ein schmales Programm – etwa eine Hutmodenschau und kleinere Acts – sorgte für die angemessene Unterhaltung. Paraglider, die lange Schwaden roter Farbe hinter sich herzogen, entpuppten sich erst auf den zweiten Blick und auf Erläuterung der Moderation hin als Bestandteil des Programms – „Freifaller“ – und nicht als blutroter Protest der draußen drohenden Demonstrant\_innen. Und gleichzeitig fanden sich Protestflyer auf den Toiletten – und mussten Gäste teilweise noch auf dem Weg nach Hause – wie schon auf dem Hinweg – mit einigen Friedensfreund\_innen darüber diskutieren, warum sie beim Sommerbiwak waren, eine Armee und Krieg mit all seinen Auswirkungen feiern könnten.

Die angemeldete Demonstration wurde hingegen auch in diesem Jahr behindert. So war es entsprechend den Auflagen der Stadt Hannover in der einzigen dem Feierort der Bundeswehr nahen Straße, die also in direkter Rufnähe zum militaristischen Sommerbiwak war, untersagt die Lautsprecheranlage und weitere – selbst mechanische (!) – Hilfsmittel für eine angemessenen laute Bekundung des Protests zu nutzen. Nur ganz kurz durfte eine Rede gehalten werden – diese durfte auch mit Lautsprecher unterstützt werden. Dann musste die Anlage gleich wieder aus sein. Aber was ist Protest, wenn diejenigen, denen der Protest gilt, ihn nicht hören dürfen – nicht einmal für eine halbe Stunde? An dieser Stelle mundtot gemacht, war die Demonstration sonst laut und bunt – mit vielen „Pace-Fahnen“ und Teilnehmenden verschiedener Gruppierungen. Zu einem Zwischenfall kam es nur noch, als die Polizei von einigen Personen aus der Demonstration Personalien aufnehmen wollte, weil sie Flugblätter verteilten... Soviel zu Protest und demokratischen Grundrechten In Hannover: Zulässig scheint Protest nur zu sein, wenn er nicht etwa mit „lauten Sprüchen“ oder politischen Handzetteln daherkommt und wenn er gerade diejenigen nicht stört, denen er gilt: Den „oberen Zehntausend“, die selbst von Krieg gut profitieren und immer gut profitiert haben.

Wir sehen uns im nächsten Jahr!